

Positivlisten führen zur Verteuerung

Weder zu einer besseren Arzneimittelversorgung der Bevölkerung noch zu einer Entlastung der Krankenkassenbudgets würde nach Ansicht des Leiters der Gesundheitspolitischen Abteilung der Hoechst AG, Dr. med. Reinhold Rathscheck, Frankfurt, die vom Bundesarbeitsministerium vorgeschlagene Arzneimittel-Positivliste führen. Bedenken ergäben sich deshalb, weil dem staatlichen Zulassungsverfahren beim Bundesgesundheitsamt mit der Positivliste eine *zweite* Bewertung und Zulassung nachgeschaltet würde für solche Arzneimittel, die auf Kassenrezepte verordnet werden dürfen. „Ohne Zweifel“ käme es auch zu einer Einschränkung der Forschungsaktivitäten und einem Verschwinden einer ganzen Reihe von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Eine Arzneimittel-Positivliste könne zudem die individuelle Empfindlichkeit des Patienten nicht berücksichtigen. Es seien höhere Ausgaben der Krankenkassen infolge einer Substitution von älteren, meist billigeren, aber nicht als „positiv“ bewerteten Präparaten durch neue, hochwirksame und nach dem letzten Stand der Wissenschaft und Forschung abgesicherte, demzufolge jedoch teurere Medikamente zu erwarten.

„Kostendämpfung im Gesundheitswesen“, so Rathscheck, „ist letztlich nur dauerhaft möglich durch eine intensive und breite Gesundheitsaufklärung, -erziehung und -bildung.“ EB

Plädoyer für ambulantes Operieren

Die „Aktion Mehr Menschlichkeit in Krankenhaus und Praxis e. V.“ Düsseldorf, empfiehlt, die bisherigen Erfahrungen mit ambulanten Operationen in Krankenhäusern und Arztpraxen auszubauen, weil

dadurch einerseits Kosten eingespart werden könnten, andererseits die psychische Belastung für den Patienten reduziert werden könne.

Mit ambulanten chirurgischen Eingriffen seien in zahlreichen Krankenhäusern und größeren Arztpraxen der Bundesrepublik bereits sehr gute Erfahrungen gemacht worden; insbesondere habe sich gezeigt, daß durch ambulante Operationen Kleinkindern psychische und gesundheitliche Belastungen erspart werden könnten.

Aus medizinischer Sicht wären auch bei Erwachsenen ambulante Operationen in größerem Umfang möglich. Dabei habe sich herausgestellt, daß von den Krankenkassen für ambulant operierte Patienten nur etwa ein Zehntel des Betrages aufgewendet werden müsse, der für die stationäre Behandlung gleichartiger Erkrankungen notwendig wäre. WZ

Wissenschaftler sorgen sich um Nachwuchsförderung

Die Bedingungen für die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern haben sich nach Ansicht führender Vertreter deutscher Wissenschaftsorganisationen in letzter Zeit gravierend verschlechtert. In einer gemeinsamen Erklärung gegenüber dem Bundestag, der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz bemängeln die Organisationen – denen unter anderen die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft und Wissenschaftsrat angehören – zwei Faktoren, die ihrer Meinung nach mittel- bis langfristig zu einer Verminderung des Angebots hochqualifizierter Nachwuchswissenschaftler führen könnte:

► Die Planstellen nehmen seit einigen Jahren nicht mehr zu und sind zum Teil sogar rückläufig;

► die gesetzliche Graduiertenförderung entfällt zum Jahresende 1981.

Nachdem der Bedarf an Forschung auch in Zukunft groß bleibe und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein wesentlicher Teil vor allem der Grundlagenforschung sei, werden die Regierungsvertreter von Bund und Ländern gemahnt, „etwas zu tun, und sei es auch nur in bescheidenem finanziellem Rahmen“; Konzepte und Leitvorstellungen für die Förderung seien bereits hinreichend vorhanden. ck

Gesellschaftspolitisches Engagement der Zahnärzte

Verstärktes gesellschaftspolitisches Engagement der deutschen Zahnärzteschaft kündigte bei einem Empfang in Bonn am 8. Dezember der neue Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zahnärzte (BDZ), Dr. Horst Sebastian an. Er hob hervor, daß er dabei auch für Gesprächspartner mit kontroversen Argumenten offen und auch zur Auseinandersetzung mit unangenehmen Positionen bereit sei. Nach Überzeugung des BDZ-Präsidenten ist mit zunehmender Politisierung die Krise des Gesundheitswesens nicht zu lösen. Es habe auch keinen Zweck, langwierig über Schuld an der verfahrenen Situation zu diskutieren und eigene Standpunkte zu moralisieren. Wesentlich sei jetzt ein Ausweg, zu dem die Zahnärzteschaft mit voller Kraft beitragen wolle. EB

In einem Satz

Gewerbsteuerpflicht – Würde die Gewerbsteuerpflicht auch für Angehörige der Freien Berufe eingeführt, so wäre nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums ein zusätzliches Steueraufkommen in Höhe von 3,5 Milliarden DM jährlich zu erwarten. c